



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21581 - 33
Fernschreiber 0686890

F/XII/235 - 14. Oktober 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Wunsch, neutral zu bleiben	S. 1
Zur Tagung des Büros der Soz. Internationale	S. 2
Inkonsequenzen der westlichen Militärpolitik	S. 4
Zur konstituierenden Sitzung des dritten Bundestages	S. 6
"Währungschnitte" in Ost und West	S. 8

63 : 24 1

sp - Ein amerikanisches Meinungsforschungsinstitut hat in elf Ländern der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft eine über Monate gehende sehr umfangreiche Befragung darüber angestellt, welche Politik die Bevölkerung dieser Staaten wünscht, falls die USA mit der Sowjetunion in einen bewaffneten Konflikt geraten würde. Das Ergebnis ist interessant. Nur in zwei der elf Staaten - in Holland und in Australien - ist die Bevölkerung der Auffassung, ihre Länder müssten in Falle eines Krieges aktiv auf der Seite der USA stehen. In allen anderen Staaten schwankt die Meinung erheblich, wobei überwiegend der Wunsch geäußert wird, man sollte neutral bleiben. In Grossbritannien haben sich 54 % der Befragten für die Neutralität ausgesprochen; nur 41 % waren für die Beteiligung am Kriege. Der stärkste Drang zur Neutralität in Falle eines Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion scheint in der Bundesrepublik zu sein. 63 % der Befragten sind für die Neutralität; 24 % für eine Beteiligung am Kriege auf Seiten der USA.

In einer vertraulichen Information wird, wie wir zusätzlich zu diesem Ergebnis erfahren haben, den "zuständigen Stellen" in den Vereinigten Staaten mitgeteilt, dass die Befragung "sehr gewissenhaft" durchgeführt worden sei. Wie es heisst, hätte ein grosser Teil der Befragten zu verstehen gegeben, dass das Wettreten sinnlos sei, weil kein politisches Problem heute noch mit militärischen Mitteln gelöst werden könne. Der Wunsch nach Neutralität bedeute jedoch nicht, dass die Befragten völlig auf jede Art von Verteidigung verzichten wollen. Ohne es genau definieren zu können, hätten viele von ihnen angedeutet, es müsse an Stelle der militärischen Blockpolitik ein Sicherheitssystem geschaffen werden, dessen Wirksamkeit ständig und unabhängig von einem möglichen bewaffneten Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion garantiert werden könne. Im übrigen wird den "zuständigen Stellen" in den Vereinigten Staaten in Hinblick auf die Bevölkerung der Bundesrepublik mitgeteilt, dass das Befragungsergebnis "in jeder Hinsicht der tatsächlichen Stimmung" entspreche.

* * *

- 2 -

Sozialisten tagten in London

E.P.- Im Transport-House, dem Hauptquartier der Labour-Party in London, trafen sich vorige Woche die Mitglieder des Büros der Sozialistischen Internationale. Es war die erste Sitzung nach dem Wiener Kongress, der im Juli einen neuen Vorsitzenden und einen neuen Sekretär gewählt hatte. Der neue Vorsitzende, Alsing Andersen, Mitglied des dänischen Parlaments, früherer Verteidigungsminister und besonders bekannt als Vorsitzender des Ungarnausschusses der Vereinten Nationen, der den vielbeachteten Bericht über die sowjetische Niederschlagung der ungarischen Revolution der jetzt tagenden Vollversammlung der UNO unterbreitete, leitete die Konferenz mit geübter Hand.

Es galt, eine Menge organisatorischer und politischer Fragen zu besprechen. Berichte wurden entgegengenommen vom Lateinamerikanischen Sekretariat der Sozialistischen Internationale, von Erich Ollenhauer über die deutschen Wahlen, von einem Vertreter der italienischen Sozialisten über die Lage in Italien und Wünsche und Anregungen einzelner Mitgliedsparteien wurden erörtert. Der sozialistischen Liga Griechenlands wurde versichert, dass sich die Internationale der Haltung der Labour-Party anschliesse, die sich auf ihrer Jahreskonferenz einmütig für das Selbstbestimmungsrecht in Cypern ausgesprochen hat. Die Vorsitzende der ungarischen sozialdemokratischen Partei, Anna Kethly hatte einen schriftlichen Bericht über die jetzige Lage in Ungarn vorgelegt und das Büro der Internationale wird mit Interesse die Konferenz der ungarischen Sozialdemokraten im Exil verfolgen, die am 19/20. Okt. in Bonn stattfindet.

Besondere Aufmerksamkeit fanden Ausführungen des Führers der Labour-Party, Gaitskell, der den Bericht über die Lage in Italien ergänzte. Es ging dabei insbesondere um die Einheitsbestrebungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien, die von Nenni und Saragat geführt werden. Auf Wunsch Nennis hatte am Vortage der Bürositzung eine Besprechung zwischen Gaitskell und Nenni stattgefunden, die rein informativen Charakter hatte. Nur die Partei Saragats ist Mitglied der Sozialistischen Internationale,

14. Oktober 1957

während Nennis Partei vor Jahren ausgeschlossen wurde, als sie ihre Einheitsfront mit den Kommunisten einging. - Zweifellos gibt es in beiden Parteien starke Gruppen, die zur Einheit der sozialistischen Kräfte drängen, doch hatte man sich auf beiden Seiten die Erreichung dieses Zieles einfacher vorgestellt, als man vor über einem Jahr die ersten Verhandlungen aufnahm. Sehr bald stellte es sich heraus, dass Nenni zwar gewillt ist, die Hauptforderung Saragats - den absoluten Bruch mit den Kommunisten - für sich zu vollziehen, dass er jedoch nicht mehr die Wahrheit seiner eignen Partei dafür gewinnen kann. Die Ereignisse in Polen und Ungarn haben sicherlich auch in Nennis Partei die antikommunistischen Tendenzen derart vergrößert, dass eine Wiederherstellung der Einheitsfront mit den Kommunisten nicht mehr wahrscheinlich ist. Aber vor den Wahlen im kommenden Jahr ist trotzdem nicht damit zu rechnen, dass es zu einer wirklichen Verständigung der beiden sozialistischen Parteien kommen wird. Ende des Monats findet der Kongress der Saragatpartei in Mailand statt; er wird sehr viel davon abhängen, ob von Seiten Saragats die Tür zu weiteren Annäherungen nicht völlig verschlossen wird.

Der Wiener Kongress hatte beschlossen, eine Delegation der Internationale nach Algerien zu entsenden, um der Internationale einen Bericht und eventuelle Empfehlungen vorlegen zu können. Die Sozialistische Partei Frankreichs hatte sich darüber hinaus bereit erklärt, alle Kosten der Delegation zu übernehmen. Das Büro lehnte dieses Anerbieten dankend ab, um die Unabhängigkeit der Delegation nicht von vornherein zu belasten. Im gegenseitigen Einvernehmen wird die Delegation aus je einem Vertreter Grossbritanniens, Norwegens, Belgiens und der Asiatischen Sozialistischen Konferenz bestehen. Voraussichtlich wird ein Vertreter der schweizer Sozialdemokraten als Sekretär fungieren. Die Aufgabe der Delegation wird es sein, die politische Lage in Algerien vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus zu studieren. Es versteht sich von selbst, dass daher das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Beurteilung der jetzigen Situation und der Empfehlungen der Delegation entsprechend berücksichtigt werden muss. Die Länge der Länder, die zu bereisen sind, entscheidet die Delegation selbst.

14. Oktober 1957

Das Büro schloss seine Beratungen mit einer Resolution über den Freiheitstag der noch abhängigen Völker, der jedes Jahr am 30. Oktober von der Sozialistischen Internationale und der Asiatischen Sozialistischen Konferenz gemeinsam begangen wird. Ferner wurde eine Entschliessung anlässlich der ersten Wiederkehr der ungarischen Revolution angenommen.

Im Anschluss an die Bürositzung trat die Kommission für Abrüstung und kollektive Sicherheit zusammen. Auch in diesem Falle hatte der Wiener Kongress der Kommission die Aufgabe gestellt, die Fragen der Abrüstung laufend zu verfolgen und besonders die Probleme der europäischen Sicherheit zu erörtern. In Wien hatte es Meinungsverschiedenheiten über den Weg zur deutschen Wiedervereinigung im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems gegeben. Die Beratungen in London zeigten sehr bald, dass die jüngsten welt politischen Entwicklungen eine Annäherung der Standpunkte erlauben wird. Viele militär-strategische Positionen erscheinen jetzt im Hinblick auf die Entwicklung modernster ferngesteuerter Raketenwaffen in einem anderen Licht und müssen zu neuen Überlegungen Anlass geben. Da der Vorsitzende der Kommission, Jules Moch, nicht anwesend sein konnte, wurde beschlossen, nach Abschluss der Beratungen der Vereinten Nationen wieder zusammenzukommen, um ausführlicher die Ergebnisse und Auswirkungen der Abrüstungsgespräche berücksichtigen zu können. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, dass die Sicherheitsfrage in Europa heute noch mehr als zuvor von den Bemühungen um die Abrüstung abhängig ist und dass es die dringende Aufgabe aller Sozialisten sein muss, ein "Atom-Chaos" zu vermeiden.

+ + +

Unlösbare Widersprüche

sp - Der Punkt 3 der westlichen Abrüstungsvorschläge befürwortet die Herabsetzung der Nuklear-Waffenvorräte und ihre Verwendung unter internationaler Aufsicht für nichtmilitärische Zwecke; der Punkt 4 verlangt eine Herabsetzung der Streitkräfte und Rüstungen unter angemessenen Schutzvereinbarungen. Ein weiter wichtiger Punkt ist die Einstellung der Produktion von Spaltmaterial für militärische Zwecke und die völlige Auswertung künftiger Produktion für nichtmilitärische Zwecke unter wirksamer internationaler Kontrolle. Das sind im wesentlichen die Vorschläge, die die westlichen Mächte als Grundlage für die

14. Oktober 1957

gegenwärtig in der UNO geführte Abrüstungsdiskussion herausgestellt haben. Sie sind diktiert von der Sorge über die Folgen eines hemmungslosen Rüstungswettlaufes, der auf die Dauer die wirtschaftlichen und moralischen Kräfte aller daran Beteiligten erschöpfen muss.

Mit der Koordination der westlichen Politik scheint es allerdings nicht weit her zu sein. Fast zur gleichen Zeit, da der amerikanische Chefdeligierte bei der UNO diese westlichen Auffassungen über die Abrüstung vortrug, formulierte der Verteidigungsausschuss der Westeuropäischen Union, dem ja auch die Vertreter Frankreichs und Grossbritanniens angehören, seine militärpolitische Konzeption. Sie enthält die Forderung nach Verwendung auch von strategischen Atomwaffen - also auch von Wasserstoffbomben! - und wünscht, die Länder der WEU mögen in der Produktion von eigenen Atomwaffen und an der weiteren Entwicklung von Fernraketen noch enger als bisher zusammenarbeiten. In dem Gutachten des der NATO-Oberbefehlshaber, General Morstadt, jetzt den Mitgliedstaaten des Atlantikpaktos über die Verteidigung Europas unterbreitet hat, heisst es, um ein schnelleres Vordringen des Gegners an die Atlantikküste aufzuhalten, müsse eine nukleare Gegenoffensive vorbereitet werden. Lokale Angriffe gegen einen verbündeten Staat müssen so abgewehrt werden, dass ein "grosser Krieg" nach Möglichkeit vermieden wird. Die Entwicklung der Atomwaffen im Westen sei so weit gediehen, dass die Waffenwirkung klar begrenzt werden kann. Also kleiner Krieg mit Wasserstoffbomben?

Dieses Gutachten des obersten Befehlshabers der NATO ist der Niederschlag jener von dem amerikanischen Militärstrategen Kissinger vertretenen Auffassung, wonach die kleineren Staaten zwar in einem Krieg mit atomaren Waffen verbluten dürfen, aber die beiden eigentlichen Gegenspieler, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, Sorge dafür zu tragen haben, dass sie sich gegenseitig nicht ihre Schlagadern aufreissen. Wie verträgt sich, so muss man fragen, eine solche politische Konzeption mit dem Willen zur Abrüstung? Man kann nicht beides gleichzeitig tun: In der UNO über die Abrüstung verhandeln und in der gefährdeten Zone der Weltpolitik, in der europäischen, Berge von nuklearen Waffen errichten. Die Inkonsequenz, die darin liegt, ist wahrhaft erschütternd und sie lässt jeden positiven Beitrag, vor sich aus an einer Entspannung mitzuwirken, vermissen. Die Aufrüstung der westeuropäischen Truppen mit A- und Wasserstoffbomben, wie es der Verteidigungsausschuss der Westeuropäischen Union verlangt, muss geradezu jedes vernünftige Abrüstungsgespräch torpedieren. Die Bildung einer von Atomwaffen freien Zone in Europa würde gewiss mit zur Schaffung jenes Klimas beitragen, das notwendig ist, um der Welt den Alpdruck eines dritten Weltkrieges zu nehmen. Nur Toren können glauben, ein Zusammenstoss in Europa liesse sich auf Europa beschränken.

Start in Berlin

FB. In technischer Hinsicht hatte der dritte Deutsche Bundestag keinen guten Start. Der ostzonale Banknotenumtausch mit der damit verbundenen zeitweisen Sperrung der Landverkehrswege und der Feind Nr. 1 des Luftverkehrs, der Nebel, hatten verursacht, dass am Sonntag und Montag über die Hälfte der Abgeordneten, die nach Berlin wollten, im Flughafen-Restaurant und Autobahn-Raststätten herumsaßen und auf einen Anschluss warteten.

War das ein Unglück? Im Grunde genommen nicht, ja es war sogar gut so, denn diese technischen Schwierigkeiten dürften politisch demonstriert haben, in welcher Lage sich unser Volk und Land befindet. Ein Befehl der Pankower oder schlechtes Wetter, und schon geht alles durcheinander. Woran sich schon allzuviel als "normalen Zustand" gewöhnt haben nämlich, dass östlich von Helmstedt zwar noch deutsch gesprochen wird, aber auch anderes Land beginnt und Berlin eine Insel ist, ist eben nicht normal.

Diese technische Lektion sollte der Deutsche Bundestag, der morgen in Berlin offiziell seine dritte Legislaturperiode beginnt, recht ernst nehmen. Er sollte erkennen, dass es seine wichtigste Aufgabe ist, das zu lösen, was seine beiden Vorgänger nicht geschafft haben, nämlich: die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit wieder herzustellen. Leider hat das vorparlamentarische Geplänkel, das insbesondere nach dem Abschluss des sowjetischen Erd-Trabanten entstand, nicht gerade zu Hoffn^{en}g Anlass gegeben. Die Reaktion der Bonner Regierungstellen war leider nur, dass man im alten Trott weitermarschieren wolle. Acht Jahre erfolgloser Wiedervereinigungspolitik der Regierung Adenauer aber sollten dem neuen Deutschen Bundestag zeigen, dass zur Wiedervereinigung Deutschlands neue Initiative, neue Ideen und eine neue Politik erforderlich sind.

Auch in anderer Hinsicht sollte der neue Bundestag aus den technischen Schwierigkeiten lernen. Er sollte begreifen, dass Berlin nicht nur an Feiertagen für die Bundesrepublik da zu sein hat, sondern dass es untrennbar zur Bundesrepublik gehört. Man kann nur hoffen und wünschen, dass sich in der neuen Legislaturperiode nicht, wie in den vergangenen acht Jahren, jedesmal ein ärgerliches Lauziehen ergibt, wenn es darum geht, Berlin auch wirtschaftlich und finanziell zu helfen. Der - 7 -

erste Schritt zur engeren Verbindung Berlins mit dem Bundesgebiet könnte dabei sehr schnell vollzogen werden, indem man die Berliner Abgeordneten endlich als vollstimmerechtigta Mitglieder des Deutschen Bundestages macht.

Der dritte Deutsche Bundestag aber steht auch vor schwerwiegenden innerpolitischen Problemen. Die Kohlepreiserhöhung - die erste Quittung nach der Wahl - dürfte gezeigt haben, welche Probleme in wirtschaftlicher Hinsicht auf das dritte Deutsche Bundesparlament zukommen. Voraussichtlich schon Mitte November wird darüber die erste parlamentarische Debatte abgehalten werden. Mit der Kohlepreiserhöhung allein scheint es zudem nicht sein Bewenden zu haben, in Gegenteil, man wird sich mit der wirtschaftspolitischen Lage voraussichtlich noch sehr häufig zu beschäftigen haben, zumal der zweite Deutsche Bundestag ein vernünftiges Kartellgesetz nicht geschaffen hat und auch einen vernünftigen Ausgleich der deutschen Devisen-Bilanz nicht herstellen konnte.

Auch auf sozialpolitischem Gebiet hat Adenauer nach acht Jahren nicht etwa ein "bestelltes Haus" hinterlassen. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls nach der offiziellen Konstituierung dieses Parlamentes mit Spannung darauf warten, wie die neue Koalition ihr Versprechen einlösen wird. Testfall hierfür wird sein, wann die Regierung den versprochenen Gesetzentwurf einbringt, der die unsinnigen Anrechnungsbestimmungen in der Rentenreform wieder beseitigt.

Wo man hinblickt, sind so ungelöste Probleme vorhanden. In der Haushaltspolitik, in Wehrfragen und auch in der allgemeinen Innenpolitik. Die Bewährungsprobe für den dritten Deutschen Bundestag aber liegt in der Außenpolitik. Es wird sich zeigen, ob er die Kraft hat, die Wiedervereinigungspolitik in neuem Geiste anzugehen, oder ob die Mehrheit, wie bisher, nur von der Einheit spricht, aber nichts Konkretes tut, um sie zu verwirklichen.

"Währungsschnitte" in Ost und West

rd. Der plötzliche Geldumtausch in der Sowjetzone wird wahrscheinlich die Verpflichtungen der zonalen Notenbank um eine bis anderthalb Mrd. DM Ost vermindern und zugleich den Kaufkraftüberhang in der Ostzone in gleicher Höhe beseitigen. Nach den letzten Ausweis der zonalen Notenbank waren 5,7 Mrd. DM Ost im Verkehr, davon sind 5,5 Mrd. DM Ost von der Umtauschaktion betroffen. Man kann die offizielle Begründung für die Umtauschaktion: Enteignung der Kapitalisten und Militaristen, die zu spekulativen Zwecken sowie zur Wirtschaftsabotage Ostmarkbeträge werteten, ruhig ausser Betracht lassen. Das ist nur ein billiger Vorwand, obgleich niemand bestreiten wird, dass sich auch mancher westdeutsche Geschäftsmann mit Ostwaren und durch das Kursverhältnis 1:4 zwischen DM Ost und -West am Geschäft zu beteiligen suchte. Die Hauptbetroffenen bleiben die Bewohner der Zone.

Die Zonenbewohner konnten nur einen Betrag von 300,-- DM Ost in neue Noten umtauschen. Für alle überschreitenden Beträge, soweit sie nicht schon auf Konten der Geldinstitute gefahrt wurden, ist der Nachweis des nicht "spekulativen" und des "rechtmässiger" Besitzes zu erbringen. An diesem Punkt ist mit dem Schein staatlicher Rechtmässigkeit die Schere angesetzt.

Es dürfte nur wenigen Zonenbewohnern gelingen, und nur wenige werden wahrscheinlich wagen, höhere Beträge aus freiem, nicht schon auf Konten geführten Besitz, auf neue Konten anzumelden und der Nachprüfung auszusetzen. Es war gesetzlich verboten, mehr als 300,-- DM Ost zur freien Verfügung im Besitz zu haben. Geschäftsleute hatten sogar täglich die Tageseinnahme bis auf einen Wechselbetrag von 50,-- DM Ost auf Konto einzuzahlen. Wer also mehr als diese Beträge unangemeldet besass, handelte in jedem Falle "ungesetzlich und spekulativ" und hat nun mit dem Verfall seines Geldes zu rechnen. Es bleibt abzuwarten, ob sich ausser dieser glatten Konfiskation des Geldes nicht auch noch weitere Konsequenzen durch Hilde Benjamins Terrorjustiz gegen die Spekulanten ergeben werden.

Man kann solche Methoden der "Aufwertung" des umlaufenden Geldes durch Abschöpfung des Kaufkraftüberhangs nur als ein grossangelegtes Betrugsmanöver gegenüber der Bevölkerung werten. Es war bekannt, dass

sich ein Teil des umlaufenden Geldes, die geschätzte Milliarde DM Ost, in den Sparstrümpfen aller Bevölkerungsschichten befindet, die hoffen, morgen oder übermorgen überraschend Gelegenheit zu einem Kauf, vielleicht eines Möbel- oder Bekleidungsstückes, eines Rundfunk- oder Fotoapparates, zu haben. So suchte man allenthalben das relativ wertlose Geld in Sachwerte umzuwandeln. Es waren immer echte Ersparnisse, die aber den Konten fernblieben, entweder aus dem erlaubten Verkauf "freier Erzeugungsspitzen" landwirtschaftlicher Betriebe oder auch aus Arbeitseinkommen mehrerer Einkommensbezieher einer Familie. Für den Staat aber waren es Beträge, die nicht den Geld- oder Kreditinstituten zur Verfügung standen, und so das Kreditvolumen für Investitionszwecke beschränkten.

Man sollte jedoch in der Bundesrepublik bei aller berechtigten Verurteilung solcher staatlichen Betrugsmanöver, besonders aber des dabei entwickelten Terrors, nicht übersehen, dass auch bei uns Staat und Wirtschaft zwar mit anderen Methoden und über längere Zeiträume verteilt, doch aber mit der Steuer- und Preispolitik ähnliches tut. Hat nicht die westdeutsche Wirtschaft den Juliusturm des Herrn Schäfer, der auch nichts weiter tat, als Kaufkraft abzuschöpfen und stillzulegen, und so der Bevölkerung Konsummöglichkeiten und der Wirtschaft Investitionsmittel entzog, deswegen kritisiert? Er entzog den Geldumlauf im Vorjahre mehr als sieben Mrd. DM. Heute wird dieses Geld wieder in Umlauf gebracht, mit der Wirkung, dass die Kaufkraft des umlaufenden Geldes vermindert wird. Auch in Westdeutschland befinden sich Milliardenbeträge im Sparstrumpf - Notenbank und Privatbanken streiten sich über die genaue Höhe - im Effekt aber spielt die Preistreiberei unserer Wirtschaft und die Steuer- und Finanzpolitik des Staates - die Mobilisierung des Juliusturms - für die Kaufkraft der Bevölkerung keine andere Rolle, als die rigorose Umtauschaktion der sowjetzonalen Notenbank.

An unsere Bezieher!

Wir machen darauf aufmerksam, dass wir in unserer Dienstag- und Mittwochausgabe eine ausführliche Darstellung der Herbstmanöver der Bundeswehr veröffentlichen.

Die Redaktion

Verantwortlich: Günter Markscheffel